

1- Hamburger Koalitionsvertrag

Im Hamburger [Koalitionsvertrag](#) (SPD und Grüne) vom Juni 2020 befindet sich auf den Seiten 119-120 eine Stelle, die für Lehrkräfte in BAMF-Kursen sehr interessant sein dürfte: „Die Koalitionspartner werden sich (...) auf Bundesebene für eine Reform des Integrationskurssystems einsetzen, die das Ziel hat, den Zugang zu Integrationskursen auszuweiten, die Lernbedingungen zu verbessern und für bessere Arbeitsbedingungen bei den Lehrkräften zu sorgen. Zudem sollten hierbei die Erfahrungen aus der Corona-Zeit berücksichtigt werden – z.B. durch die zunehmende Bereitstellung von Online-Angeboten oder zusätzlichen Tutorien.“ Diese Stelle hängt mit dem von der Hamburger GEW mit Hilfe des Bündnisses DaF/DaZ-Lehrkräfte veranstalteten [Tribunal Weiterbildung](#) zusammen, bei dem einige Politiker*innen versprochen, sich für die Lehrkräfte einzusetzen. Es gab danach auch eine diesbezügliche [Anfrage](#) der CDU an den Senat.

Es wäre wichtig, dass auch andere Bundesländer dem Hamburger Beispiel folgen, da die Bundesländer über den Bundesrat und über die Innenministerkonferenz auf BAMF-Kurse Einfluss nehmen können. Das kann nur dann gelingen, wenn sich Kolleg*innen dafür einsetzen und die in den Gewerkschaften und im Daf-Daz-Bündnis mitmachen. In einigen Ländern setzten sich schon Gruppen des Daf-Daz-Bündnisses bei den Landesinnenminister*innen ein.

2- Stellungnahme zu den neuen Rahmenbedingungen für BAMF-Kurse

Am 3. Juli hat das Sprecher*innenteam des Bündnisses DaF/DaZ-Lehrkräfte in einem Schreiben ans BAMF, BMI (Bundesministerium des Inneren) sowie BMAS (Bundesministerium Arbeit und Soziales) Stellung zu den neuen Rahmenbedingungen des BAMF für die Integrations- und Berufssprachkurse genommen. Die Stellungnahme wurde einige Tage später an Integrationspolitiker*innen der CDU, FDP, Grünen und SPD, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, den DVV, den FaDaF, die GEW und die Mitglieder der Bewertungskommission des BAMF geschickt. In der Stellungnahme steht u.a. Folgendes:

"... mit großer Hoffnung haben die Lehrkräfte die neuen Rahmenbedingungen für Integrations- und Berufssprachkurse erwartet. Leider müssen wir feststellen, dass sie enttäuschend sind. (...) Es ist auch aus unserer Sicht richtig, die Unterrichtsmodelle zu flexibilisieren. Leider hat das BAMF bzw. die Bundesregierung nicht für eine ausreichende Finanzierung einiger Modelle gesorgt.

Wir stimmen dem BAMF zu, dass das erste Modell (Präsenzunterricht in ausreichend großen Räumlichkeiten, Version Integrationskurse) die qualitativ beste Option ist. Wir verstehen aber nicht, warum das BAMF es den Trägern und Lehrkräften praktisch unmöglich macht, sich für diese Option zu entscheiden. Die Pandemie-Zulage in Höhe von 1500 € reicht nicht einmal aus, um bei einer Kursteilung eine zweite Lehrkraft für die im zweiten Raum zu unterrichtende Gruppe zu

finanzieren. Allein für das Honorar wären mindestens 3500 € notwendig. Die Zulage ist auch zu niedrig, um einen neuen Kurs mit z.B. 10 TN zu finanzieren. Die meisten Räume bieten nicht mehr Menschen Platz, wenn der Abstand eingehalten werden muss. Da hätte, wie in den Alpha-Kursen auch, in allen anderen BAMF-Kursen die Mindestteilnehmendenzahl für die Garantievergütung auf 9-10 Personen gesenkt werden müssen.

Für eine Zumutung halten wir das fünfte Modell: Präsenzunterricht mit einer Lehrkraft in zwei Kursräumen. Da wird von der Lehrkraft erwartet, dass sie zwei Gruppen in zwei Räumen betreut und sehr zeitaufwendige qualitative Mindeststandards einhält, ohne dass man ihr eine Zusatzvergütung in Aussicht stellt. Das Bündnis empfiehlt den Kolleg*innen, sich nicht auf dieses Modell einzulassen oder, sollten sie sich dazu gezwungen fühlen, ein erheblich höheres Honorar zu verlangen.“

3- Gründung der DaZ-Initiative Siegen-Wittgenstein.

Während der Corona-Pandemie ist viel in Bewegung geraten. In vielen Berufsbranchen leider zum Negativen, und so auch im Bereich der Integrationsarbeit. Seit dem 16. März kämpfen - im wahrsten Sinne des Wortes - viele Honorarlehrkräfte um ihre Existenz: Sie bekommen die Corona-Krise mit voller Wucht zu spüren. „Seit dem 16. März verdiene ich wie die meisten meiner Kolleg*innen € 0,00,-, weil unsere Kurse gestoppt worden sind. Lapidar höre ich dann immer: „Beantrage doch Hartz IV!“, aber für viele von uns kann das keine Lösung sein“, sagt Ingo Langenbach, Initiator der DaZ-Initiative in Siegen-Wittgenstein.

So rief Ingo Langenbach mit anderen engagierten Lehrkräften die „DaZ-Initiative Siegen-Wittgenstein“ ins Leben. Die Initiative versteht sich als Anlaufstelle für DaF/DaZ-Lehrkräfte, die aktiv mitarbeiten und Informationen erhalten wollen. „Wir suchen den Kontakt zu den Kolleg*innen in unserem Kreisgebiet und wollen uns vernetzen und über aktuelle Entwicklungen in unserem Beruf informieren. Wir verstehen uns als Interessenvertretung für unsere Berufsgruppe vor Ort. Mit Aktionen und Veranstaltungen wollen wir in Zukunft auf uns und unsere berufliche Situation aufmerksam machen“, erklärt Langenbach.

Für die Zukunft sind Vernetzungstreffen sowohl im virtuellen Raum als auch persönlich geplant. Einen regelmäßig erscheinenden Newsletter gibt es bereits. Hierüber informiert die Initiative über Entwicklungen auf politischer und gewerkschaftlicher Seite und über die Arbeit des Bündnisses [DaF-DaZ-Lehrkräfte](#) bundesweit, dem auch die DaZ-Initiative Siegen-Wittgenstein angehört. Kontak über: daz.si-wi@gmx.de

Schon seit Jahren sind die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte in Integrationskursen schwierig, von Befristungen und unsicheren Arbeitsverhältnissen geprägt. Aber seit dem 16. März 2020 ist die Misere wie durch ein Brennglas offen zu Tage getreten. „Wir wollen uns und unsere Anliegen ins Gespräch bringen. In der Regel werden wir mit Honorarverträgen abgespeist, die meistens befristet sind. Sozialversicherungs- und Krankenkassenbeiträge müssen wir trotz geringer Honorare zu 100% selbst zahlen und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt's für uns auch nicht. Altersarmut ist damit unausweichlich. Wir Lehrkräfte müssen verstehen, dass wir alle im selben Boot sitzen. Wir müssen anfangen, uns zu organisieren, zusammen zu arbeiten und uns gegenseitig zu unterstützen, um auch nach der Corona-Pandemie für bessere Arbeitsverhältnisse in unserer Branche zu streiten“, schließt Langenbach.